

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 2

Artikel: Eine lange Stunde
Autor: Fankhauser, Angéline
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340094>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wenn wir wenigstens einen Regierungssessel, einen Bundesratsessel besetzen können, beeinflussen wir die Auffassung der Massen. *Es gibt je länger, je mehr Leute, die glauben, der Sozialismus marschiere, wenn wir solche Sitze bekommen.* Die Werbearbeit für die Partei und die Gewerkschaft wird nicht mehr so eingeschätzt, wie sie gewertet werden sollte. Politische Kämpfe um grundsätzliche Fragen treten in den Hintergrund. Man weiss, dass man in Minderheit ist und verlangt etwas Positives, Vorschläge, die von der Mehrheit des Volkes gutgeheissen werden können. *Und zwar im ersten Mal.* Man weiss nicht mehr, dass man vielleicht drei- und viermal für einen Gedanken werben muss, bevor er im Volke zum Siege gelangt. Man glaubt, auf dem Wege des Verhandelns wunder was erwirken zu können. Deshalb sollen in diesen Behörden Sozialdemokraten sitzen.

Und doch ist die Sache *so* einfach. *Wirkliche Erfolge für die Arbeiterschaft werden immer nur erkämpft, wenn die Masse marschiert;* wenn Partei und Gewerkschaften gewaltige Fortschritte in ihrer Mitgliederzahl erzielen; wenn die Bürgerlichen durch unsern Vormarsch gezwungen sind, Konzessionen zu machen. Die schönsten Worte, die klügsten Verhandlungen, die geschicktesten Vorschläge, von den fähigsten Leuten vorgebracht, sind erfolglos, *wenn nicht die Macht der organisierten Arbeiterklasse Erfolge zu erzielen vermag.* Und diese Erfolge werden erzielt, ohne dass wir irgend jemanden in der betreffenden Behörde haben. Die 48-Stunden-Woche ist eine Frucht des Generalstreiks von 1918 und der entschlossenen Haltung der Arbeiterschaft von damals. Den Nationalratsproporz hätten wir *nie* so rasch bekommen ohne die damaligen Ereignisse. Soll man nun wirk-

lich den Glauben in der Arbeiterschaft grossziehen, dass durch die Besetzung solcher Sitze Wunder geschehen können? Die Arbeiter sind im allgemeinen sowieso geneigt, all dem Glauben zu schenken, was von ihnen *keine Anstrengungen, keine Opfer und keine Arbeit* verlangt. Sollen wir nun ausgerechnet diese Mentalität stärken, indem wir den Wunderglauben an die Tätigkeit von einzelnen Verwaltungsbehördenmitgliedern in einer mehrheitlich bürgerlichen Verwaltungsbehörde fördern, *indem wir ihm nicht energisch entgegen-treten?* Ich bin der Meinung, dass wir das nicht tun sollen. Wir sollen im Gegenteil volle Klarheit über die Bedeutung dieser Ämter schaffen. Dann wird es sich zeigen, dass, wenn wir die Zeit, die wir für Diskussionen über solche Fragen verwenden, für Agitation, für Werbung neuer Mitglieder, zur Festigung unserer Organisationen, zur Bildung der Parteigenossen ausnützen würden, weit mehr erreicht wird, dass der positive Gewinn ein viel grösserer wäre, als wenn wir über diese Frage des langen und breiten diskutieren und die Gefahr heraufbeschwören, dass der ursprüngliche Kampf der Arbeiterschaft um sozialistische Ideale zu einem blossen Streit um Sitze im bürgerlichen Staat wird.

Es ist behauptet worden, dass grosse Teile der Arbeiterschaft es nicht verstehen würden, wenn wir uns an den Bundesratswahlen nicht beteiligen. Ja, dass einzelne Mitläufer sich von unserer Partei abwenden und sich der bürgerlichen Partei zuwenden würden. Das trifft für einzelne Wähler tatsächlich zu. Aber ich sage, wir können uns gratulieren, wenn wir diese Leute nicht in der Partei haben. Sie sind nicht geeignet, eine sozialdemokratische Politik zu machen. Sie werden höchstens

das, was wir im Laufe der letzten Jahrzehnte erreicht haben, in Frage stellen. Wenn wir neue Bevölkerungsschichten für unsere Ziele und für unsere Politik gewinnen wollen, dann wollen wir sie gewinnen *auf Grund unserer sachlichen Forderungen, auf Grund unserer Ideale. Mit diesen Leuten werden wir die Zukunft erobern und die neue Welt aufbauen.* Aber nicht mit jenen, die in ihrem spiessbürgerlich-kapitalistischen Geiste und in ihrem Egoismus nur an sich selber denken, wenn sie Politik machen und der Sozialdemokratischen Partei beitreten möchten.

Eine lange Stunde

Von Nationalrätin
Angéline Fankhauser

Gewählt ist mit 124 Stimmen . . .

Der letzte Bruchteil einer Hoffnung. Der Atem stockt, ich möchte so gerne jubeln, vielleicht geschieht ein Wunder . . .

Dann diese Ohrfeige! Also doch. Ich hatte es beim Aufstehen am Radio erfahren: Über Nacht wurde in Bars und Restaurants politisiert, Macht wurde gesammelt, ein Kraftakt vorbereitet.

Lilian wurde nicht gewählt. Bekannte Gefühle kommen in mir hoch: Traurigkeit? Beklommenheit? Wut? Alles zusammen und abwechslungsweise!

Was würden in einer solchen Situation bewährte Friedensfrauen unternehmen? Ich möchte schreien, sagen, dass es so nicht weitergeht, zeigen, wie wir Frauen diese Ermutigung brauchten, erklären, wie die Sozialdemokraten sich nicht weiter demütigen lassen wollen,

das schöne Ratsritual stören, Sand in das Getriebe werfen. Ich fühle mich einen Moment lang ohnmächtig. Was soll ich hier?

Irgendwie musste ich wieder alle Vernunft spüren: die männliche Eitelkeit war grösstenteils verletzt. Je mehr Lilian Ermutigungen und Briefe bekam, je mehr sprachen die bürgerlichen Männer von Kontraproduktivität. Damit unterstellend, wir hätten die Sympathiewelle selber ausgelöst, die vielen Frauen, die Lilian unterstützten und

als Bundesrätin haben wollten, wären nicht mündig genug. Noch hatte der Gewählte nicht zugesagt, er muss zuerst von Basel nach Bern fahren, fast 60 Minuten lang hat er Zeit zum überlegen, wie er mit uns umgehen will. Vielleicht geschieht dann das Wunder. Ein Mann sagt: Nein! Danke schön für die Sympathie, mir ist aber meine Partei lieber. Die Zeit ist reif für eine Frau, bitte nehmt Lilian, sie hat die Mehrheit in unserer Fraktion! Ein Mann sagt nein und lässt den Platz frei für eine Frau.

Ein Genosse sagt nein und verhindert das Kräftespiel der Bürgerlichen.

Ein Genosse sagt nein und zeigt, dass wir uns nicht beliebig auswechseln lassen. Ich bin um eine (winzige) Illusion ärmer. Schliesslich wurde ich nicht in den Nationalrat gewählt, um Tagträume zu pflegen!

Er hat ja gesagt.

Die Wunden schmerzen. Genossinnen und Genossen, habt Euch lieb, damit wir die schwere Zeit überstehen können!

Ein Beitrag zur Debatte

Konkordanzsystem und Opposition

Von Hanspeter Kriesi

Die Frage nach einer Modifikation des etablierten Allparteien-Regierungssystems, des herrschenden Konkordanzsystems, stellt sich nicht erst seit der jüngsten Nicht-Wahl der offiziellen SP-Kandidatin für den Bundesrat. Diese Frage beschäftigt einen kleineren Kreis besorgter Beobachter der politischen Szene schon seit Jahren. An Reformvorschlägen hat es nicht gemangelt. Gemeinsam ist diesen Vorschlägen, dass sie auf der institutionellen Ebene der Verfassung angesetzt haben, dass sie sich eine Änderung des Systems nur über eine Änderung der verfassungsmässigen Spielregeln des Systems vorstellen konnten. So hat etwa, um nur ein neueres Beispiel zu nennen, Germann (1975) vorgeschlagen, das Konkordanzsystem zugunsten eines sogenannten «bipolaren» Systems (eines Systems mit Regierung und Opposition) aufzugeben, wobei er, der dominierenden institutionellen Sichtweise folgend, davon ausgegangen ist, dass ohne

grundlegende Verfassungsänderungen ein Abgehen von Konkordanz und Allparteien-Regierung praktisch unmöglich sei (S. 187). Folgerichtig hat er denn auch eine ganze Reihe von Verfassungsänderungen vorgeschlagen, welche die Bipolarität ermöglichen und absichern sollten.

Verfassungsänderungen fallen aber nicht vom Himmel, sondern sind Ausdruck gewandelter politischer und damit letztlich auch gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Institutionelle Reformen begünstigen und stabilisieren zwar ihrerseits politische Veränderungen, aber sie stehen keineswegs am Anfang, sondern eher am Ende derartiger Prozesse. Institutionelle Reformen setzen politische Handlungsbereitschaft voraus, können sie keinesfalls ersetzen. Deshalb sollte man im Zusammenhang mit der Frage nach der Modifikation des etablierten Regierungssystems nicht gleich mit dem institutionellen Diskurs beginnen, son-

dern mit einer Debatte über die aktuelle Transformation der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Zu dieser Debatte möchte ich mit den folgenden Überlegungen beitragen.

Die Entwicklung des Konkordanzsystems

Das Konkordanzsystem ist selbst ein Produkt spezifischer historischer Umstände. Seine Etablierung in der heutigen, quasi definitiven Form wurde zunächst begünstigt durch die äussere Bedrohung im Zweiten Weltkrieg, dann durch die enorme Wirtschaftsexpansion der Nachkriegszeit, welche beide die traditionellen Klassengegensätze abgeschliffen, dem Konflikt zwischen Arbeit und Kapital die Spitze genommen haben: Der erste sozialdemokratische Bundesrat trat noch während des Krieges, im Jahre 1943, in die Landesregierung ein, die «Zauberformel» mit zwei sozialdemokratischen